

Wird der „Monster-Bau“ zugelassen?

Projekt Hollerland Hof: Beirat Horn-Lehe hält an seiner heftigen Kritik fest

Jetzt wird es ernst: Dreimal ist in den vergangenen zwei Jahren der Versuch zwar gescheitert, das Bauvorhaben Holler Landhof in Horn-Lehe von der zuständigen Baudeputation absegnen zu lassen. Doch diesmal haben sich Stadtplanungsamt und Investor Eugen-Kulenkamp-Stiftung offenbar fest vorgenommen, den Sack endgültig zuzumachen und den umstrittenen Bebauungsplan durchzusetzen. Das hat nun erneut den Horn-Leher Beirat auf den Plan gerufen, der sich seit Jahren mit Händen und Füßen gegen die Baupläne zur Wehr setzt.

Hintergrund des Streits: Inmitten des verkehrsberuhigten Wohnquartiers am Vorkampsweg, direkt neben der Autobahn, will die Eugen-Kulenkamp-Stiftung auf dem idyllischen gelegenen Anwesen der ehemaligen Gärtnerei 150 Mietwohnungen im Rahmen des freifinanzierten Wohnungsbaus errichten.

Während die Stadtplaner von einer „der örtlichen Situation angemessenen Bebauung im bestehenden Siedlungszusammenhang“ sprechen, tituliert CDU-Fraktionssprecher Stefan Quaß das Vorhaben als „Monsterbau“ und spricht von „erdrückenden Riegelbauten“, die dem Wohnkomplex den Anstrich eines Ghettos verliehen.

Die Frage der Lärmbelastung durch die unmittelbare Nachbarschaft zur Autobahn bereitet Beirat und Baudeputierten nicht minder große Sorgen. So kritisierte der Gesamtverband Natur- und Umweltschutz Unterweser (GNUU) unlängst in einer Stellungnahme, dass die für reinen Wohnungsbau geltenden Orientierungswerte der DIN-Norm 18005 tags wie nachts zum Teil um zweistellige db(A)-Werte überschritten würden.

Da die Kulenkamp-Stiftung ihr Engagement immer wieder damit begründet, vor allem billigen Wohnraum für Studierende, alte Menschen und sozial schwächer gestellte Familien schaffen zu wollen, fragen Beiratspolitiker seit langem, ob dort die Meinung

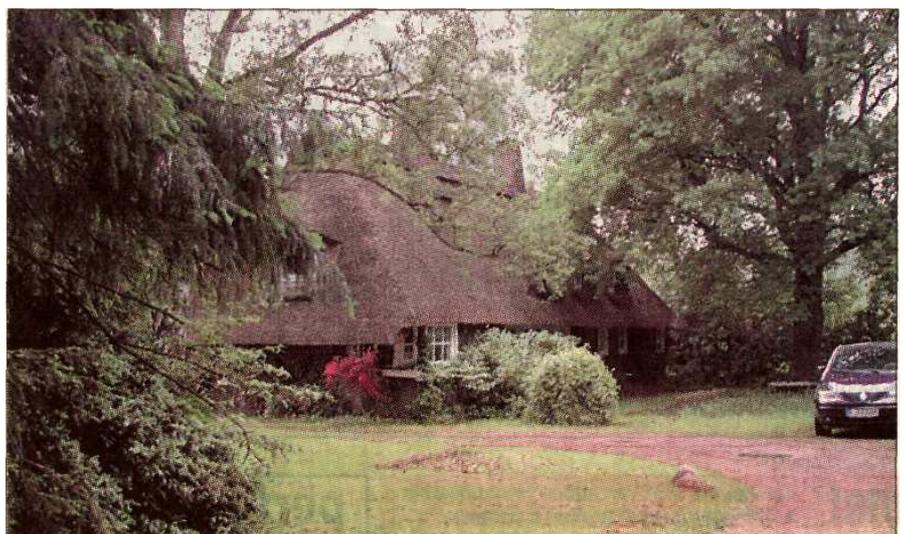
vorherrsche, einer solchen Klientel den Lärm eher zumuten zu können als finanziell besser betuchten Mietern. Arme an die Autobahn?

Als völlig ungelöst betrachten die Kommunalpolitiker nach wie vor die verkehrliche Anbindung des Bauvorhabens. Experten erwarten eine Mehrbelastung von weit über 500 PKW-Fahrten pro Tag, die durch die Schülerverkehre des Schulzentrums am Vorkampsweg ohnehin schon heute stark belastete Vorstraßenquartier kaum noch verkraften dürfte. Eine neu zu schaffende Verkehrsanbindung beispielsweise über das Telekomgelände sei eine unabdingbare Voraussetzung für eine Bebauung, so der Beirat. „Da für den hinteren Bereich des Telekomgeländes hin zum Vorkampsweg ebenfalls als mögliche zukünftige Nutzung Wohnungsbau angedacht ist, brauchen wir jetzt eine Planung aus einem Guss“, forderte Stefan Quaß

während der Beirats-sitzung und legte einen CDU-Antrag vor, der eine Lösung für das Gesamtareal entlang der Autobahn vom Telekomgelände über den Holler Landhof bis hin zum Hauptgebäude des Schulzentrums am Vorkampsweg einfordert.

Nichts sei in dieser Situation schädlicher, als die beiden sich in unmittelbarer Nähe befindlichen Bauvorhaben aneinander vorbei zu planen, begründete der Beiratspolitiker die Verknüpfung. Einstimmig folgte der Beirat der Beschlussvorlage und forderte die Baudeputation auf, seinen Bedenken zu folgen und von einer Beschlussfassung auf ihrer Sitzung am 4. Juni auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfes abzusehen.

Stadtteil-Kurier 30.5.02



Noch ein idyllisches Fleckchen Erde: der Hollerland Hof.